

Windräder stehen Eurofightern im Weg Das Bundesheer beharrt auf seine Flugkorridore, um mit Flugzeugen weiterhin üben zu können.

Muss das österreichische Bundesheer vor einer Armee geplanter Windräder mitten im Waldviertel kapitulieren?

Mit dieser Frage sind derzeit das Land NÖ, das Verteidigungsministerium, die beiden nö. Energieversorger WEB-Windenergie und EVN sowie die Standortgemeinden befasst. Weil mehrere, rund 200 Meter hohe Großwindräder die Tiefflugzone am Truppenübungsplatz Allentsteig beeinträchtigen könnten, hat das Militär Einspruch erhoben. Derzeit wird geprüft, inwieweit die Beschwerde wirklich gerechtfertigt ist. Möglicherweise kann man sich auf einen Kompromiss einigen.

Geplant sind insgesamt 14 Windkraftanlagen, die in den Gemeinden Göpfritz an der Wild (3), Brunn an der Wild (7) und Ludweis-Aigen (4) errichtet werden sollen. Sollten tatsächlich alle Windräder montiert werden, sei ein gefahrloses, uneingeschränktes Üben mit dem Eurofighter und anderen Flugzeugen am Truppenübungsplatz so gut wie unmöglich, heißt es seitens des Militärs. Besonders der Flugkorridor zur Schießanlage Apfelschwendt sei gefährdet.

Obwohl erst im Oktober die nächste Verhandlungsrunde zwischen Land, Ministerium, Windpark-Betreiber und Gemeinden ansteht, gibt es schon jetzt Flächen in Brunn, die als Betriebsgebiet für Windanlagen rechtskräftig umgewidmet sind. Im Gegensatz dazu hat das Land NÖ die Gemeinderatsbeschlüsse in Göpfritz aufgrund der Beschwerde nicht anerkannt, wodurch die Umwidmung bis dato keine Rechtsgültigkeit besitzt. "Uns wurde empfohlen, die Flächen rückzuwidmen. Wir haben um Fristverlängerung bis Jahresende angesucht", sagt Franz Gressl, Bürgermeister von Göpfritz. Er hofft, dass bis dahin genau geklärt ist, welche Windräder errichtet werden können und welche nicht.

Vermittlung

Noch gibt es keine verbindliche Einigung. Daher soll Stephan Pernkopf, Landesrat für Umwelt und Raumordnung, in diesem verzwickten Fall vermitteln. Fest steht derzeit nur, dass keine Flugkorridore ausgeweitet werden sollen, was ursprünglich gerüchteweise befürchtet wurde, sondern das **Bundesheer** lediglich die bestehenden Flugrouten erhalten will. "Wir können die Anflugzonen nicht verschieben, weil sonst besiedeltes Gebiet betroffen wäre", erklärt der nö. Militärkommandant, Rudolf Striedinger. Er glaubt, dass deswegen ein paar Windräder wegfallen werden.

"Solange das Militär auf den Einspruch besteht, werden zwei Drittel der geplanten Windräder nicht gebaut werden können", sagt EVN-Sprecher Stefan Zach: "Die fünf Anlagen in Brunn sind jedenfalls kaum betroffen."

Da die Windverhältnisse in diesem Gebiet besonders gut sind, haben die Betreiber großes Interesse, dort ihre Anlage zu errichten.